



Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31. Dezember 2010

Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31.12.2010

1. Lagebericht
2. Bilanz zum 31.12.2010
3. Erfolgsrechnung 2010
4. Finanzrechnung 2010
5. Erläuterungen zur Bilanz
6. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung
7. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Lagebericht der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2010

Die Berliner Wirtschaft 2010

2010 war auch für die Berliner Wirtschaft das Jahr des Aufschwungs nach der Krise. Mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um nur 0,7 Prozent ist Berlin 2009 im Bundesvergleich am besten durch die Krise gekommen und konnte so schneller den konjunkturellen Schwung mitnehmen. Nach ersten, vorläufigen Berechnungen betrug das Wirtschaftswachstum 2010 rund 2,7 Prozent, womit das Vorkrisenniveau - im Gegensatz zu vielen westdeutschen Bundesländern - bereits wieder übertroffen wurde. Zurückzuführen ist dieser Erfolg insbesondere auf den nahezu kompletten, aber letztlich erfolgreichen Strukturwandel der Berliner Wirtschaft seit 1990.

Die Ergebnisse der drei Mal pro Jahr durchgeführten Konjunkturumfrage der IHK Berlin weisen seit 2009 kontinuierlich nach oben. Der Geschäftsklimaindikator in der Herbst-Umfrage 2010 stieg auf einen Wert, der zuletzt im wachstumsstarken Jahr 2007 erzielt worden war. Ob Industrie, Bau, Handel oder Dienstleistungen: Die Unternehmen bewerteten ihre Lage zum Jahresende 2010 als gut und rechneten weiterhin mit einer positiven Entwicklung.

Dank dieser guten konjunkturellen Entwicklung erholte sich auch der Berliner Arbeitsmarkt. Setzten die Berliner Unternehmen in der Krise 2009 alles daran, Mitarbeiter zu halten, kam es im Jahresverlauf 2010 zu einem Beschäftigungsboom. Von Januar bis Oktober stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 38.000. Damit ist in den vergangenen 24 Monaten die Beschäftigung in Berlin mehr als drei Mal so stark wie im bundesweiten Vergleich gestiegen. Parallel sank die Zahl der Arbeitslosen im Herbst auf das niedrigste Niveau seit 15 Jahren.

Dennoch bleiben große Herausforderungen. Während die Arbeitslosigkeit im Berliner Umland annähernd dem Bundesdurchschnitt entspricht, behielt die Hauptstadt mit einer Arbeitslosenquote von 13,6 Prozent im Jahresdurchschnitt 2010 den letzten

Platz im Bundesländervergleich. Insgesamt 231.000 Arbeitslose – davon ein Drittel Langzeitarbeitslose – zeugen von ungelösten Problemen. Nicht zuletzt wegen der langwierigen Kompromissfindung bei der Neuordnung der JobCenter bleiben zentrale Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt bestehen. Dazu gehören die Bekämpfung der hohen Langzeitarbeitslosigkeit und die Integration von Migranten.

War die Fachkräftesicherung bislang vor allem in strukturstarken Regionen Deutschlands eine Herausforderung, ist die Suche nach qualifizierten Mitarbeitern mit dem Aufschwung 2010 auch in Berlin erheblich schwieriger geworden. Trotz Wirtschaftskrise beklagte bereits im Herbst 2009 jedes vierte Berliner Unternehmen, offene Stellen nicht besetzen zu können. Auch wenn die Hauptstadt derzeit noch ein moderates Bevölkerungswachstum vorzuweisen hat, wird sich die demografische Entwicklung auch hier mittelfristig bemerkbar machen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt für eine bessere Fachkräfteversorgung ist eine verstärkte Integration bildungsferner Bevölkerungsgruppen. Die IHK Berlin setzt sich daher aktiv für Themen wie Ausbildung in deutschen wie nichtdeutschen Unternehmen, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, interkulturelle Qualifizierung und Existenzgründung ein.

Der Strukturwandel der Wirtschaft wird ebenso wie die weitere Verbesserung der Infrastruktur oder des Qualifizierungsstandes der Beschäftigten mit einer gezielten Förderpolitik unterstützt. Landes-, Bundes- und EU-Mittel stärken die Entwicklung des Standorts Berlin. Allein Brüssel überweist im Rahmen der europäischen Strukturpolitik von 2007 bis 2013 rund 1,2 Milliarden Euro nach Berlin, um die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu verbessern. Die IHK Berlin hat sich 2010 in zahlreichen Gremien und Ausschüssen an der direkten Umsetzung der EU-Strukturpolitik beteiligt und dafür gesorgt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel dort an die Unternehmen fließen, wo sie die größten Effekte erzielen.

Sorgen bereiten dagegen die nur kleinen Fortschritte beim Bürokratieabbau in Berlin. Um weitere Erleichterungen für die Unternehmen zu erzielen, setzte sich die IHK Berlin auch 2010 für eine schlankere Verwaltung ein. So wurde nach zahlreichen

Vorschlägen der IHK beschlossen, die Informationsangebote beim E-Government auszubauen und einheitliche Musterformulare in den Bezirken einzuführen.

Mit dem Ziel, Berliner Unternehmen praxisnah zu unterstützen, hat 2010 der Unternehmensservice weiter Fahrt aufgenommen. Das Key-Account-Management, mit dem die Berlin Partner GmbH in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderungen der Bezirke Berliner Bestandsunternehmen gezielt betreut, bietet nun eine große Angebotspalette. Auch die Zusammenarbeit mit der IHK Berlin, die den Unternehmensservice als Kooperationspartner unterstützt, hat sich etabliert. Dem Ziel einer Wirtschaftsförderung aus einer Hand ist Berlin erheblich näher gekommen.

Schritte nach vorn gibt es mit dem Masterplan Industrie auch bei der Stärkung des Industriestandorts Berlin. Dies ist ein großer politischer Erfolg der IHK Berlin und weiterer Partner wie der Handwerkskammer Berlin, den Unternehmerverbänden Berlin-Brandenburg und dem DGB Berlin-Brandenburg. Jahrelang hatten sie darauf gedrungen, mehr für die industrielle Entwicklung der Hauptstadt zu tun. Ein wesentliches Projekt des Masterplans Industrie ist es, das Angebot an attraktiven Gewerbeflächen auszubauen und noch effektiver zu vermarkten.

Die IHK Berlin ihrerseits hat einzelne Industrie- und Innovationsstandorte untersucht, für die im Ergebnis Perspektiven und erste Handlungsempfehlungen zur weiteren Entwicklung erarbeitet wurden. Dabei wurde vor allem deutlich, dass Standorte, die eine Nachbarschaft zu Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, technologieorientierten und produzierenden Unternehmen aufweisen, noch gezielter als bisher unterstützt werden müssen. Denn die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der industrienahen Dienstleistungen hängt entscheidend von ihrer Innovationsfähigkeit ab.

Ein Leitprojekt zur besseren Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist für die IHK Berlin die Nachnutzung des Flughafengeländes Tegel als Klima- und Energiecampus. Für die Bündelung der zukunftsfähigen Energiebranche an diesem Standort setzt sich die IHK Berlin unter anderem als Mitglied im Lenkungskreis auf Staatssekretäresebene ein.

Um Berlin als führende Gesundheitsregion in Deutschland und Europa zu behaupten, spricht sich die IHK zudem für die Ansiedlung einer Medical City auf dem ehemaligen Bahngelände nördlich des Hauptbahnhofes, entlang der Heidestraße im Bezirk Mitte aus.

Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Berlin setzt sich die IHK Berlin zudem für den Ausbau europäischer Eisenbahnstrecken ein. So ist die IHK Partner der Nord-Süd-Initiative für den gezielten Ausbau des Schienenverkehrsnetzes von der Ostseeküste über Berlin und Rostock bis an die Adria.

Gut voran kommt Berlin im Luftverkehr, auch wenn sich die Eröffnung des Hauptstadt-Airports BBI „Willy Brandt“ als größtem Infrastrukturprojekt der Region um sieben Monate auf den 3. Juni 2012 verschiebt. Die Berliner Flughäfen konnten 2010 ein neues Rekordaufkommen an Passagieren vermelden. Der boomende Tourismus brachte den Berliner Flughäfen trotz Einschränkungen durch Vulkan-Aschewolke und Winterchaos über 22 Millionen Flugreisende. Dank neuer Flugziele wie Dubai, Miami, Mombasa und ab 2011 auch New York ist Berlin im interkontinentalen Flugverkehr kein weißer Fleck mehr. Von Berlin aus sind damit drei Kontinente per Direktflug erreichbar, für den Wirtschaftsstandort Berlin ist das ein deutliches Plus.

Ein weiteres wichtiges Infrastrukturprojekt ist die Verlängerung der Berliner Stadtautobahn A100 nach Treptow. Diese Trasse würde die dringend benötigte Ost-West-Verbindung für den Wirtschaftsverkehr schaffen, die Innenstadt entlasten und für eine bessere Erreichbarkeit des neuen Flughafens BBI sorgen. Trotzdem hat sich das Abgeordnetenhaus mitten im Planfeststellungsverfahren gegen das Projekt ausgesprochen und weitere Planungsmittel gestrichen. Mit der Aktion „Wirtschaft pro A 100“ haben sich 2010 auf Initiative der IHK Berlin insgesamt 40 Kammern und Verbände hinter das Vorhaben gestellt. Inzwischen sind die Planungsgelder wieder freigegeben, die endgültige Entscheidung über den Weiterbau wurde jedoch auf die Zeit nach der Abgeordnetenhauswahl im September 2011 vertagt.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der IHK Berlin 2010

Geschäftsverlauf, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der langjährige konsequente Sparkurs sowie die gute konjunkturelle Entwicklung der Berliner Wirtschaft in den Jahren 2004 bis 2009 haben es der IHK ermöglicht, eine erhebliche Beitragssenkung durchzuführen. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2010 sank der seit 1996 konstante Umlagehebesatz um 13,3 % auf 0,39 %. Das entspricht einer finanziellen Entlastung der Unternehmen von insgesamt rund 2,5 Mio. €. Der prognostizierte wirtschaftliche Einbruch in Folge der Finanzkrise trat nicht ein, was zur Folge hatte, dass nennenswerte Anpassungen der Vorauszahlungen ausblieben. Weitere positive Faktoren waren die deutliche Zunahme des Nachveranlagungsvolumen und der Anstieg der Zahl der veranlagten Unternehmen. Letztere ist ein eindeutiges Zeichen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Hauptstadt. Die positive wirtschaftliche Entwicklung hat sich nicht nur auf das Beitragsaufkommen und damit auf die Ertragslage sondern auch auf die Finanz- und Vermögenslage ausgewirkt. So konnte die vollständige Umsetzung des Bilanzrechtmodernisierungsgesetzes (BilMoG) finanziert und der in den letzten Jahren begonnene Prozess der Vermögensbildung fortgesetzt werden, um den errechneten Bedarf – erforderliche Rückstellungen und Vorsorgerücklagen - abzusichern.

Die vorzuhaltende Ausgleichsrücklage und die freiwilligen Rücklagen zur Vorsorge wurden aufgestockt. Der vorgesehene Bedarf ist aber noch nicht erreicht. Ermöglicht haben den Vermögensaufbau die Ergebnisverwendung 2009, die Mehrerträge aus dem Beitrag, Gebühren, Entgelte und die sonstigen betrieblichen Erträge .

Das Bilanzvolumen der IHK Berlin ist gegenüber dem 31. Dezember 2009 um 24,8 Mio. € auf 220,5 Mio. € gestiegen. Die Zunahme basiert überwiegend auf der Zunahme des Anlage- und Umlaufvermögens mit entsprechendem Anstieg des Eigenkapitals und der Pensionsrückstellungen.

Auf der Aktivseite steigen die Finanzanlagen um 7,9 Mio. €. Vom Finanzanlagevermögen entfallen 85,1 Mio. € auf zwei der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Die Darlehensgewährungen erfolgten im Rahmen der Finanzierung des Ludwig Erhard Hauses. Der Zuwachs bei den Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt 9,7 Mio. € und resultiert aus der Umwidmung von neu angelegtem Umlaufvermögen. Das Umlaufvermögen steigt um 16,8 Mio. € auf 47,5 Mio. €. Eine weitere Umwidmung von flüssigen Mitteln in Finanzanlagen zur Deckung der für die Vorsorge erforderlichen Rücklagen und Rückstellungen erfolgte wegen des geringen Zinsniveaus und der damit erzielbaren Renditen nicht.

Auf der Passivseite erhöht sich das Eigenkapital durch die planmäßigen Zuführungen zu den Rücklagen und das Ergebnis 2010 um 16,0 Mio. € auf 96,5 Mio. €. Es ist vorgesehen, das Ergebnis (19,7 Mio. €) vollständig den Rücklagen zuzuführen. Die Rückstellungen steigen um 12,9 Mio. € auf 48,2 Mio. €; davon entfallen 42,4 Mio. € auf Pensionsrückstellungen. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Pensionsrückstellungen um 10,6 Mio. €; diese erhebliche Zunahme ist auf die erstmalige Anwendung der Vorschriften des BilMoG zurückzuführen, die eine Methodenänderung zur Bewertung der Verpflichtungen vorschreiben. Die Verbindlichkeiten haben aufgrund der planmäßigen Tilgungen um 3,7 Mio. € auf 73,2 Mio. € abgenommen. Davon entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 71,9 Mio. €, die ausschließlich zur Finanzierung des LEH aufgenommen wurden.

Die Ertragslage ist erheblich durch die Beiträge geprägt. Sie tragen mit 75,9 % zu den Betriebserträgen bei. Die Erwartungen für das Geschäftsjahr 2010 wurden um 16,7 Mio. € übertroffen, weil die prognostizierten Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft nicht eingetreten sind. Auf Umlagen entfallen 54,7 % und auf Grundbeiträge 45,3 % des Beitragsaufkommens. Die Mehrerträge bei den Beiträgen werden zur Finanzierung des Umstellungsaufwandes auf BilMoG (außerordentliche Aufwendungen) und zur Kapitalbildung verwandt (in Form von Zuführungen zu den Rücklagen).

Die zweitgrößte Ertragsposition sind die Gebühren (10,3 Mio. €), die die IHK Berlin für hoheitliche Tätigkeiten erhebt. Davon entfallen 85,1 % auf die Betreuungs- und Prüfungsgebühren der Berufsaus- und -weiterbildung. Die sonstigen Gebühren setzen sich aus den Prüfungs- und Unterrichtsgebühren der Sach- und Fachkunde und den Beglaubigungen von Außenhandelsdokumenten sowie der Aufgabe „Registrierung der Versicherungsvermittler“ zusammen.

Die Entgelte und sonstigen betrieblichen Erträge tragen mit 7,3 Mio. € zu den Betriebserträgen bei. Die Erträge aus Entgelten haben daran einen Anteil von 2,4 Mio. €. Die Erträge aus Entgelten setzen sich überwiegend aus Entgelten aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen (91,9 %) zusammen. Der Betrieb des LEH steuert zu den Nebenerlösen 2,9 Mio. € bei. Mit insgesamt 4,9 Mio. € überschreiten die sonstigen betrieblichen Erträge den Planansatz um 1,3 Mio. €, was überwiegend auf die Veränderungen der Rückstellungen zurückzuführen ist. Die Mehrererträge werden zur Kapitalbildung verwandt.

Unter den Betriebsaufwendungen bilden der Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 15,8 Mio. € bzw. 27,7 Mio. € die größten Posten. Von dem Personalaufwand entfallen auf Gehälter (einschl. Aushilfen, Altersteilzeit, Veränderung der Personalrückstellungen) 11,5 Mio. €. Von den Aufwendungen für Gehälter entfallen 257,6 T€ auf rücklagenfinanzierte Maßnahmen für die Umstrukturierung und Steigerung der Qualität des Personals, so dass die Aufwendungen für Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen 10,5 Mio. € betragen. Zum Jahresende waren 231 Mitarbeiter beschäftigt, dies entspricht einer Personalkapazität von 203,88.

Für die Veränderungen der Pensionsverpflichtungen waren 2,3 Mio. € aufzubringen. Der Betrag schließt die Aufwendungen für die Ruhegehälter und die Hinterbliebenenversorgung mit ein. Die durch die erstmalige Anwendung des BilMoG (Methodenänderung) verursachten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind bei den außerordentlichen Aufwendungen abgerechnet. 468 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung.

Die Aufwendungen für die Leasingraten des LEH, der Erbbauzins und die Miete für das Gebäude Hardenbergstraße haben mit 12,5 Mio. € einen Anteil von 44,9 % an den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Für Fremdleistungen wie

Sicherungsdienste, EDV-Dienstleistungen, Dienstleistungen der Berlin Partner GmbH, Rechts- und Beratungskosten, outgesourcte Serviceleistungen aus dem Bereich Zentrale Dienstleistungen und für die Bewirtschaftung des LEH fielen 4,0 Mio. € an. Für die Instandhaltung des LEH, der Geschäftsausstattung, für Wartungsverträge für Hard- und Software waren insgesamt 2,5 Mio. € aufzubringen. Davon entfielen 1,6 Mio. € auf Instandsetzungsmaßnahmen für das LEH, wie Sanierung Tiefgarageneinfahrt, Herrichten von Büroraum für den Bereich Aus- und Weiterbildung, der wegen der Aufgabe des Gebäudes Hardenbergstraße zum 31. Dezember 2010 in das LEH gezogen ist. Des weiteren wurden Veranstaltungs- und Seminarräume eingerichtet.

Die anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben 5,6 Mio. € betragen. Für Abschreibungen auf Forderungen und Wertberichtigungen waren 2,4 Mio. € zu leisten. Weitere 2,8 Mio. € sind der Rückstellung für Jumbo-Veranlagung und weitere Rechtsstreitigkeiten zugeführt worden.

Vom Materialaufwand von 5,8 Mio. € entfallen 1,0 Mio. € auf Materialeinsatz und 4,8 Mio. € auf bezogene Fremdleistungen. Unter Materialaufwand sind alle nach außen gerichteten betrieblichen Leistungen und Produkte zu verstehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird.

Das Finanzergebnis ist durch das, infolge der Finanzkrise, erheblich gesunkene Zinsniveau geprägt und hat zum Ergebnis 2010 mit 3,0 Mio. € beigetragen.

Wesentlich geprägt haben die Erfolgsrechnung 2010 das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 10,5 Mio. €. Bei der Position sind die außerordentliche Erträge und Aufwendungen aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG (Methodenänderung zur Bewertung der Verpflichtungen) vollständig erfasst und gebucht worden.

Investitionen

Die IHK Berlin hat im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 519,8 T€ in das immaterielle Vermögen und in Sachanlagen sowie 10,7 Mio. € in Finanzanlagen investiert.

Finanzlage

Die Finanzlage ist durch die gute Ertragslage und die Vorsorge der vergangenen Jahre geprägt. Die Liquidität des Geschäftsjahres hat ausgereicht sämtliche Verpflichtungen zu erfüllen, die geplante Vorsorge abzusichern sowie die Investitionen aus dem Cashflow zu finanzieren. Infolge des geringen Zinsniveaus konnten nicht mehr flüssige Mittel in attraktive Anlagen investiert werden.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung 2010 sind die Rücklagen - ohne Vorsorge für Risiken für Altpensionsverpflichtungen außerhalb BilMoG - durch entsprechende Liquidität untersetzt. Die Pensionslasten (Rückstellungen und Rücklage) zu 43,4 % finanziert.

Chancen und Risiken

Das implementierte rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglicht eine frühzeitige Erkennung wesentlicher bestands-, erfolgs- und existenzgefährdender Risiken sowie eine kontinuierliche Überwachung aller Entscheidungen und Entwicklungen in den Geschäftsbereichen und im Facility Management. Die Wirksamkeit der eingesetzten Maßnahmen zur Identifizierung von rechnungslegungsbezogenen Risiken hat die Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs in einer Prüfung des internen Kontrollsystems der IHK Berlin bestätigt. Risiken, die den Fortbestand der IHK unter Substanz- und Liquiditätsgesichtspunkten gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, werden aktuell nicht gesehen. Für alle im abgelaufenen Geschäftsjahr erkennbaren Risiken wurden, soweit die Voraussetzungen für eine bilanzielle Berücksichtigung gegeben waren, im Rahmen des Jahresabschlusses Vorsorge getroffen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse, die über die normale Entwicklung der Geschäftstätigkeit hinausgehen, sind nicht hervorzuheben.

Aktuelle Entwicklung und Ausblick 2011

Die Wirtschaftsführung 2011 der IHK Berlin setzt den eingeschlagenen Weg der finanziellen Gesundung fort. Ertragsrückgänge, die den Prozess beeinträchtigen würden, sind wegen der zu erwartenden Nachzahlungen für vergangenen Jahre sowie der verzögerten Auswirkung der Wirtschaftskrise auf das Beitragsaufkommen nicht zu verzeichnen. Der Wirtschaftsplan 2011 sieht deshalb Rücklagenzuführungen in Höhe von 20,9 Mio. € vor. Mit dem Vermögensaufbau wird Vorsorge für die steigenden Leasingraten bis zum Jahre 2017 sowie zur Tilgung des im Rahmen der Umfinanzierung des LEH aufgenommen Darlehens geschaffen. Des Weiteren wird die Rücklage zur Ausfinanzierung der Pensionslasten und zwar für die Risiken, die außerhalb BilMoG liegen, weiter aufgestockt. Mit dem Vermögensaufbau wird auch das Ziel verfolgt, die IHK so auf konjunkturelle Schwankungen vorzubereiten, dass damit einhergehende Ertragsrückgänge aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten gegebenenfalls durch Rücklagenentnahme finanziert werden können.

Die langjährige konsequente Sparkurs sowie die überraschend gute konjunkturelle Entwicklung der Berliner Wirtschaft ermöglicht es der IHK, die Beiträge erneut zu senken. Dabei handelt es sich um die höchste Beitragssenkung ihrer Geschichte. Zum 1. Januar 2011 hat die Vollversammlung eine weitere Senkung um 29 Prozent auf 0,28 Prozent des Gewerbeertrages bzw. Gewinns beschlossen. Darüber hinaus sind mit Beginn des Geschäftsjahres 2011 die Grundbeiträge in den einzelnen Beitragsstaffeln um 20 Prozent reduziert und die Kriterien für die Veranlagung von Großbetrieben an das Handelsgesetzbuch angepasst worden. Dadurch werden die Unternehmen im Jahr 2011 um mehr als 11 Mio. € entlastet.

Berlin, den 10. Juni 2011

gez. Dr. Eric Schweitzer
Präsident

gez. Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Bilanz der IHK Berlin zum 31.12.2010

AKTIVA	Bilanz per		PASSIVA	Bilanz per	
	31.12.2010	31.12.2009		31.12.2010	31.12.2009
A. Anlagevermögen	172.731.036,15	164.808.920,42	A. Eigenkapital	96.498.196,70	80.559.332,25
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	466.731,36	530.141,36	I. Nettoposition	7.489.575,22	7.489.575,22
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	364.855,00	445.382,11	II. Ausgleichsrücklage	23.866.600,00	21.483.000,00
2. Geleistete Anzahlungen	101.876,36	84.759,25	III. Andere Rücklagen	45.480.590,02	43.583.730,55
II. Sachanlagen	10.173.994,54	10.108.547,49	IV. Ergebnisvortrag	0,00	0,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	8.697.577,00	8.702.108,00	V. Ergebnis	19.661.431,46	8.003.026,48
2. Technische Anlagen und Maschinen	109.379,00	149.615,58	B. Sonderposten	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.343.440,79	934.234,88	I. Sonderposten für Planreste	0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	23.597,75	322.589,03	II. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	162.090.310,25	154.170.231,57	C. Rückstellungen	48.230.229,42	35.262.192,38
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	42.445.916,00	31.807.981,65
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	2. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
3. Beteiligungen	1,00	1,00	3. Sonstige Rückstellungen	5.784.313,42	3.454.210,73
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	D. Verbindlichkeiten	73.165.265,11	76.896.597,37
5. Wertpapiere des Anlagevermögens (einschl. Festgelder)	69.052.347,96	59.345.158,53	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71.886.801,51	75.737.134,09
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	93.037.961,29	94.825.072,04	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen	47.507.136,51	30.666.100,13	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	850.727,06	705.513,95
I. Vorräte	686.654,50	602.417,11	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	64.446,48	46.561,95	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
2. Unfertige Leistungen	622.208,02	555.855,16	6. Sonstige Verbindlichkeiten	427.736,54	453.949,33
3. Fertige Leistungen	0,00	0,00	E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.626.863,51	3.041.278,65
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.692.123,02	8.155.118,16			
1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	6.336.811,30	5.723.391,88			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	113.000,00			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.355.311,72	2.318.726,28			
III. Wertpapiere	2.151.390,10	2.120.000,00			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.151.390,10	2.120.000,00			
2. Sonstige Wertpapiere	0,00	0,00			
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	36.976.968,89	19.788.564,86			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	282.382,08	284.380,10			
SUMME AKTIVA	220.520.554,74	195.759.400,65	SUMME PASSIVA	220.520.554,74	195.759.400,65

Erfolgsrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2010

	Beträge in €	
	Ist 2010	Ist 2009
1. Erträge aus IHK-Beiträgen	55.680.261,82	47.065.831,21
2. Erträge aus Gebühren	10.313.903,37	10.390.798,64
3. Erträge aus Entgelten	2.371.014,93	2.316.551,75
4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	66.352,86	-207.364,51
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Erträge	4.927.548,75	5.496.069,41
davon: - Erträge aus Erstattungen	269.537,23	243.915,24
- Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	84.051,94	54.317,51
- Erlöse aus dem Ludwig-Erhard-Haus	2.885.642,90	3.273.016,90
Betriebsserträge	73.359.081,73	65.061.886,50
7. Materialaufwand	-5.821.944,37	-5.621.212,02
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-974.551,83	-959.359,97
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.847.392,54	-4.661.852,05
8. Personalaufwand	-15.845.509,24	-17.477.281,48
a) Gehälter	-11.469.036,60	-10.636.816,69
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-4.376.472,64	-6.840.464,79
9. Abschreibungen	-507.862,42	-359.581,61
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-507.862,42	-359.581,61
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-27.735.748,83	-23.757.155,90
davon: - Mieten, Pachten, Erbbauzinsen u. Leasing	-12.463.842,83	-12.339.016,05
- Aufwendungen für Fremdleistungen (u.a. Bewirtschaftung LEH, EDV-Dienstleistungen, Unterhaltung Haus Hardenbergstraße, Dienstleistungsentgelt Berlin Partner GmbH)	-4.037.798,72	-3.636.144,53
Betriebsaufwand	-49.911.064,86	-47.215.231,01
Betriebsergebnis	23.448.016,87	17.846.655,49
11. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.145.943,28	6.287.683,67
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	350.536,81	565.645,21
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-215.941,37	-458.950,20
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.286.268,76	-3.465.225,83
Finanzergebnis	2.994.269,96	2.929.152,85
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	26.442.286,83	20.775.808,34
16. Außerordentliche Erträge	72.152,20	0,00
17. Außerordentliche Aufwendungen	-10.574.400,35	0,00
Außerordentliches Ergebnis	-10.502.248,15	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-248,23	-220,37
19. Sonstige Steuern	-926,00	-926,00
20. Jahresergebnis	15.938.864,45	20.774.661,97
21. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr (+ Überschuss / - Fehlbetrag)	0,00	0,00
22. Entnahmen aus Rücklagen	7.306.167,01	332.364,51
a) aus der Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
b) aus anderen Rücklagen	7.306.167,01	332.364,51
23. Einstellungen in Rücklagen	-3.583.600,00	-13.104.000,00
a) in die Ausgleichsrücklage	-1.383.600,00	-1.000.000,00
b) in andere Rücklagen	-2.200.000,00	-12.104.000,00
davon: - in die Kreditilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	-2.200.000,00	-2.200.000,00
- in die Rücklage für Instandsetzungen (Erhaltungsaufwand) des Ludwig-Erhard-Hauses	0,00	-1.151.700,00
- Rücklage für Steuern	0,00	-2.000.000,00
- in die Liquiditätsrücklage	0,00	-6.752.300,00
24. Ergebnis	19.661.431,46	8.003.026,48
nachrichtlich: Ergebnisverwendungsvorschlag	19.661.431,46	8.003.026,48
davon Einstellung in die Ausgleichsrücklage	0,00	1.000.000,00
davon Einstellung in die Liquiditätsrücklage	0,00	1.500.000,00
davon Kreditilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	7.661.431,46	5.503.026,48
davon Fonds Instandsetzung des LEH	0,00	0,00
davon Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG (Neudotierung)	12.000.000,00	0,00

Finanzrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2010

	Beträge in €	
	Ist 2010	Ist 2009
1. Jahresergebnis (+ Jahresüberschuss / - Jahresfehlbetrag) vor außerordentlichen Posten	26.441.112,60	20.774.661,97
2. a) +/- Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	721.998,44	766.701,36
b) - Erträge aus Auflösung Sonderposten	0,00	0,00
3. +/- Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen, Bildung Passive RAP (+) / Auflösung Aktive RAP (+), Auflösung Passive RAP (-) / Bildung Aktive RAP (-)	2.053.371,77	1.464.638,52
4. +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	0,00	0,00
5. +/- Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens	-2.297,45	1.405,71
6. +/- Veränderungen aus der Abnahme und Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	347.367,65	-1.385.836,40
7. +/- Veränderungen aus der Zunahme und Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	119.000,32	23.618,89
8. +/- Außerordentliche Posten	0,00	0,00
9. = Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	29.680.553,33	21.645.190,05
10. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	2,00
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-417.864,11	-711.554,54
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	9.890,09	24.990,00
13. - Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens	-101.938,45	-220.146,21
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	2.540.997,65	3.116.726,75
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-10.672.901,90	-14.394.864,46
16. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-8.641.816,72	-12.184.846,46
17. a) + Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
b) + Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
18. - Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-3.850.332,58	-3.850.332,58
19. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.850.332,58	-3.850.332,58
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	17.188.404,03	5.610.011,01
21. + Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	19.788.564,86	14.178.553,85
22. Finanzmittelbestand am Ende der Periode	36.976.968,89	19.788.564,86

Erläuterungen zur Bilanz

Vorbemerkungen

Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der IHKs sind nach § 3 Abs.7a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des HGB in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung des staatlichen Haushaltsrechts geregelt.

Die IHK Berlin hat zum 31. Dezember 2009 einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung gemäß § 14 Finanzstatut vom 20. September 2006 (FS) i. V. m. Anlage 7 der Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts vom 02. Januar 2007 (RFS) aufgestellt.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungslegungsvorschriften (§§ 238 bis 256 HGB) unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung und Organisation der IHKs und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

Mit dem vorliegenden Abschluss wurde der Übergang des HGB in der Fassung nach BilMoG vollzogen. Die Umstellung erfolgte zum 31. Dezember 2010. Gemäß Art. 67 Abs. 8 EGHGB wurden die Vorjahreszahlen nicht angepasst.

Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach dem in Anlage III FS vorgeschriebenem Gliederungsschema. Leerzeilen bzw. -posten werden ausgewiesen.

Die zum Betrieb des LEH eingerichteten Betriebe gewerblicher Art (BgA) Nutzung und Service sowie Verpachtung, sind in die Bilanz integriert; dies trifft auch auf die BgA Drucksachen Verkauf, Messen und Veranstaltungen sowie Weiterbildung zu. Ansätze und Ausweisung sind aus den Jahresabschlüssen 2010 der BgAs entnommen. Die Werte des LEH sind bei den entsprechenden Bilanzpositionen, jeweils zusammengefasst als Betreibung LEH, dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sind grundsätzlich das FS, die RFS, die Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz sowie die §§ 246 ff. HGB sinngemäß maßgeblich. Die Bewertung der Vermögensgegenstände (VG) und Schulden im Rahmen der Eröffnungsbilanz erfolgte gemäß Anlage 7 RFS. Dabei waren die Vermögensgegenstände grundsätzlich zu Zeitwerten anzusetzen.

Im Einzelnen kamen folgende Wertansätze beim vorliegenden Jahresabschluss zur Anwendung:

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände Die immateriellen VG wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen entsprechen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände in der IHK.

Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden die steuerlich anerkannten AfA-Tabellen zugrunde gelegt. Danach ist bei immateriellen Vermögensgegenständen eine Nutzungsdauer von drei oder fünf Jahren, bei IHK-spezifischer Software acht Jahre, angesetzt.

Grundstück Die Bewertung des unbebauten Grundstücks erfolgte im Rahmen der Eröffnungsbilanz durch ein Sachverständigengutachten. Dabei wurde der Grundstücksanteil Fasanenstraße 83 - 85 nach Bodenrichtwert (Vergleichswertverfahren) bewertet.

Technische und andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<p>Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde i. d. R. zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.</p> <p>Vor 2008 angeschaffte Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sind insgesamt mit einem Erinnerungswert von 1,00 € ausgewiesen. Für die in den Geschäftsjahren 2008 bis 2010 angeschafften GWG (Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 €) ist jeweils ein Pool gebildet worden.</p> <p>Die Abschreibungswerte orientieren sich an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, die auf den amtlichen AfA-Tabellen basieren. Die Nutzungsdauer ist daher bei technischen Anlagen mit drei bis elf Jahren, bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit drei bis 13 Jahren bemessen.</p>
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	<p>Die Anteile an der CidS GmbH werden aus kammerpolitischen Gründen gehalten und sind deshalb mit einem Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt.</p>
Wertpapiere des Anlagevermögens	<p>Festverzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten, maximal Nennwert, unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips angesetzt. Zur Risikobegrenzung werden die Geldanlagen in der Regel bis zur Fälligkeit gehalten. Fonds sind mit dem Kurswert zum 31. Dezember angesetzt. Die Position beinhaltet auch die Festgeldanlagen für die Ausgleichsrücklage und die anderen Rücklagen, diese sind zum Nennwert ausgewiesen. Da diese Rücklagen langfristig gebunden sind und der IHK Berlin nicht zum kurzfristigen Wirtschaften zur Verfügung stehen, werden diese Anlagen hier als Anlagevermögen ausgewiesen.</p>
Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	<p>Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche sind, soweit sie nicht mit dem Barwert oder Rückkaufswert angesetzt sind, zum Nennwert bilanziert. Die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen entsprechen den Werten für die Ertragssteuerbilanz zum 31. Dezember 2010. Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen sind bei der Position zum Nennwert ausgewiesen, höchstens mit den Anschaffungskosten. Unter den sonstigen Ausleihungen sind auch die Anteile an den Unternehmen auf-</p>

geführt, die die IHK aus sachlichen, standortfördernden oder ordnungspolitischen Gründen hält. Sie sind mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Umlaufvermögen

Vorräte und
Unfertige Leistungen

Das Vorratsvermögen wurde zu den Einkaufspreisen bewertet. Aufgrund des Erhebungszeitpunkts der Betreuungsgebühren treten im Bereich der Berufsausbildung unfertige Leistungen auf. Die Ermittlung erfolgt anhand der abgeschlossenen Ausbildungsverträge pro rata temporis.

Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalbetrag oder dem niedrigeren beizulegenden Wert, unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips, bewertet worden. Die Forderungen aus Beiträgen wurden, gemäß den Empfehlungen des DIHK-Arbeitskreises Rechnungswesen, in pauschalierter Form einzelwertberichtigt. Für Forderungen aus Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen wurden Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 % gebildet, sofern diese nicht zuvor einzelwertberichtigt wurden.

Flüssige Mittel

Die Guthaben sind zum Nominalwert ausgewiesen.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden die bis zum Bilanzstichtag erfolgten Ausgaben, soweit sie auf künftige Perioden entfallen. Im Übrigen gilt für die Aufnahme als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Eigenkapital

Rücklagen Rücklagen sind zum Nominalwert ausgewiesen. Die Entnahme und die Zuführungen erfolgten gemäß Erfolgsplan.

Rückstellungen Die Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet worden.

Pensionsrückstellungen Den Rückstellungen wurden nach den versicherungsmathematischen modifizierten Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck berechnet. Sie wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den Dezember 2010 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 5,15 %. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Gehaltssteigerungen von 3 % und Rentensteigerungen von 3 % sowie eine Fluktuation von 4 – 5 % p.a. unterstellt. Die Regelungen von Art. 28 EGHGB kamen nicht zur Anwendung.

Sonstige Rückstellungen Für Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen, Beihilfen und Jubiläen wurden versicherungsmathematische Gutachten eingeholt.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde unter Anwendung der Richttafeln von Dr. Klaus Heubeck nach dem Stand von 2005 G auf der Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW RS HFA 3) ermittelt. Als Rechnungszinssatz wurden 3,75 % und als Gehaltstrend 3 % angesetzt.

Die Berechnung der Rückstellungen für Jubiläen erfolgte ebenfalls unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck. Als Rechnungszinssatz wurden 5,15 % - der von der Deutschen Bundesbank im Dezember veröffentlichte durchschnittliche Marktzins - angesetzt, der Anwartschaftstrend mit 3 % und die Fluktuation mit 4 – 5 % p.a.

Des Weiteren wurden die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Rückstellung für Beihilfe (eine Person) wurden die Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Als Rechnungszinssatz wurden 5,15 % wie bei den Pensionsrückstellungen angesetzt.

Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden wurden pauschal aufgrund von Durchschnittswerten unter Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen ermittelt. Es wurde der Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der zurückgestellte Betrag „Prozesskosten“ betrifft die voraussichtlichen Gerichtskosten für anhängige Rechtsstreitigkeiten einschließlich Rechtsanwalts honorare, Gerichtskosten (laufende Instanz).

Über die Rechtmäßigkeit der Veranlagung von Unternehmen zur höchsten Grundbeitragsstaffel – zum sog. Jumbobeitrag – sowie zu Umlagen sind Rechtsstreite anhängig. Für vereinbarte Grundbeiträge wurde aus Vorsichtsgründen eine Rückstellung gebildet.

Die Rückstellung für Archivierung wurde aufgrund des voraussichtlichen Bedarfs unter Berücksichtigung des gewerblichen Mietmarktes in Berlin gebildet.

Die Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Betrages gebildet, mit dem eine künftige Inanspruchnahme wahrscheinlich erfolgen wird. Sie berücksichtigen alle zum Erstellungszeitpunkt erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Gliederung, Restlaufzeiten sowie Besicherungen sind aus dem Verbindlichkeitsspiegel ersichtlich.

**Passiver Rechnungs-
abgrenzungsposten**

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Einzahlungen aus Gebühren für noch laufende Ausbildungsverträge vor dem Bilanzstichtag. Die Gebühren werden jährlich in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Dauer der Ausbildungsverträge zeitanteilig aufgelöst. Dieses Prinzip gilt auch für Entgelte aus Langzeitlehrgängen. Für die übrigen Rechnungsabgrenzungsposten gilt grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Erläuterungen zu den Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2010

AKTIVA

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Das immaterielle Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus verschiedenen Softwarelizenzen, bewertet zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung linearer Abschreibung. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Inbetriebnahme angezahlter Software und der Aktivierung geleisteter Anzahlungen für neue Software.

Sachanlagen

Grundstück und Nutzereinbauten im LEH

Der Anteil der IHK am Grundstück Fasanenstraße 83 – 85 beträgt 52 %.

Das Grundstück ist mit einem Erbbaurecht zugunsten der Immobilienvermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG belastet. Diese Gesellschaft hat das Recht bilanziert. Der Erbbaupflichtete hat in seiner Bilanz das Grundstück als unbebautes Grundstück zu aktivieren. Der Bodenwert für das Grundstück beträgt gemäß Sachverständigengutachten 8,63 Mio. €. Der Verkehrswert wird in Anlehnung an den ermittelten Bodenwert auf dieselbe Höhe geschätzt. Ein Abschlag ist nicht vorzunehmen, da der Erbbauzins ortsüblich und marktgerecht ist.

Die Nutzereinbauten betreffen den Umbau des Börsenparketts in eine Gastro-MRT-Praxis im LEH.

Technische Anlagen und Maschinen

Der Posten Technische Anlagen und Maschinen betrifft überwiegend Einrichtungsgegenstände im LEH.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung des LEH betrifft den Küchen- und Restaurantbereich, das Konferenzzentrum sowie die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG), Büromöbel, Präsentations- und Kommunikationstechnik. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beruht auf der Inbetriebnahme des neuen Infosystems des LEH sowie der Neuausstattung des Bereichs Aus- und Weiterbildung mit Büromöbeln im Zuge des Umzugs aus der Hardenbergstraße in das LEH.

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Im Geschäftsjahr wurden Abschläge auf Ausstattung des großen Konferenzsaals im Konferenzzentrum mit Technik und Stühlen und Tischen sowie auf Konferenztechnik in den Besprechungs- und Schulungsräumen geleistet.

Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen, s. Umlaufvermögen

Beteiligungen

Die IHK hält 50 % vom eingezahlten Stammkapital der CidS Computer in die Schulen gemeinnützigen GmbH. Die Beteiligung ist mit dem Erinnerungswert angesetzt, da bei Auflösung der Gesellschaft der Gesellschaftsvertrag den Verzicht auf die Rückforderung des eingezahlten Kapitalanteils vorsieht.

Wertpapiere des Anlagevermögens, einschl. Festgelder

Die Geldanlagen, festverzinsliche Wertpapiere, Fondsanteile und Festgelder, dienen zur vermögensmäßigen Unterlegung der Rücklagen und der Pensionsrückstellungen. Die Anlage erfolgt unter Beachtung der Anlagevorschriften in Wertpapieren und in Fonds. Angelegt wird in Papieren mit höchster Bonität. Die Bewertung erfolgt nach den Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die Fondsanteile sind zum Kurswert am Stichtag bewertet. Zusammensetzung:

	31.12.2010	31.12.2009
Festverzinsliche Wertpapiere	41,2 Mio. €	32,6 Mio. €
Fondsanteile	1,9 Mio. €	1,9 Mio. €
Festgelder	26,0 Mio. €	24,8 Mio. €

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der planmäßigen Umwidmung von Mitteln aus dem Umlaufvermögen. Der Anstieg der Festgelder gegenüber dem Vorjahr beruht auf unattraktiven Angeboten auf dem Anleihemarkt.

Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Die sonstigen Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche setzen sich zusammen aus:

- Darlehen an Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co Objekt Berlin KG (85,1 Mio. €, Vj.:87,0 Mio. €)
- Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen (unverändert 1,5 Mio. €)
- Sonstige Anteile (unverändert 146 T€)
 - Partner für Berlin Gesellschaft für Hauptstadtmarketing mbH
 - Berlin Partner GmbH
 - BBB Bürgschaftsbank Berlin Brandenburg GmbH
 - IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH
 - Messe Berlin GmbH
 - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft für die Länder Brandenburg und Berlin GmbH
- Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen (6,3 Mio. €, Vj.: 6,1 Mio. €)

Die Darlehensforderungen gegen die Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG resultieren aus zwei gewährten Darlehen, eins zur Finanzierung der gestiegenen Baukosten des LEH, das zweite im Rahmen der Umfinanzierung des LEH.

Die Rückdeckungsansprüche betreffen die zur Rückdeckung von Pensionszusagen abgeschlossenen Versicherungen.

Umlaufvermögen

Vorräte

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Unfertige Leistungen

Bei der Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden vorwiegend Broschüren ausgewiesen.

Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung zu erreichen, ist die Bildung von Unfertigen Leistungen sowie eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens erforderlich.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen (nach Wertberichtigung)

Die Forderungen setzen sich aus Beiträgen (5.522,9 T€; Vj.: 4.906 T€), Gebühren (511,7 T€; Vj.: 624 T€), Entgelten (247,2 T€, Vj.: 161 T€) sowie Nutzerentgelten und Pacht aus der Betreibung des LEH (55,0 T€; Vj.: 31 T€) zusammen.

Forderungen aus Beiträgen

Die Zunahme der Forderungen um 613,4 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert aus einem gestiegenen Veranlagungsvolumen. Die Forderungen aus Beiträgen (vor Wertberichtigung 9,7 Mio. €; Vj.: 8,4 Mio. €) sind bei Handelsregister-Unternehmen (HR) bzw. Kleingewerbetreibenden (KGT) um folgende pauschalierte Wertberichtigungen korrigiert:

Geschäftsjahre	HR	KGT
2010	20 %	20 %
2009	40 %	50 %
2008	60 %	80 %
2007	80 %	100 %
2006 und weitere	100 %	100 %

Die Festlegung der Prozentsätze für die Wertberichtigungen orientiert sich an der Zahlungsmoral der vergangenen Jahre.

Zwei rechtsanhängige Forderungen aus der Veranlagung zu Jumbobeiträgen der Geschäftsjahre 2008 und 2009 (135,1 T€) sind mit dem Erinnerungswert von je 1,00 € angesetzt.

Die Forderungen aus streitigen Bemessungsgrundlagen – die Gewerbesteuerbescheide sind angefochten worden und/oder gerichtsanhängig – belaufen sich auf 1.762,8 T€.

Zur Überprüfung der periodengerechten Erfassung der Erträge aus Beiträgen wurde Mitte Dezember anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden potentiellen Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese belaufen sich auf:

	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€
Beitragsansprüche	22.356	20.408
- davon laufendes Jahr	2.770	2.490
- davon Vorjahre	19.586	17.918
Erstattungsverpflichtungen	2.334	2.656
- davon laufendes Jahr	9	1
- davon Vorjahre	2.325	2.655
Saldo	20.022	17.752

Die stetige Bilanzierung der IHK Berlin zeichnet sich dadurch aus, dass nur beschiedene Forderungen und damit realisierte Beiträge erfasst werden. Eine Verarbeitung dieser noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen im laufenden Geschäftsjahr ist darüber hinaus wegen Kollision mit dem effizienten Forderungsmanagement - Veranlagung, Mahnung, Beitreibung in einem Jahr – nicht sinnvoll, weil die Rechtsgrundlage für die Beitreibung – bestandskräftiger Bescheid - entfallen würde. Die Verbescheidung der Bemessungsgrundlagen erfolgt deshalb stetig im Rahmen der nächsten Hauptveranlagung im Februar / März 2011. Im Erfolgsplan 2011 sind sie als Beiträge aus Vorjahren ausgewiesen (Planwert 25,0 Mio. €).

Forderungen aus Gebühren und Entgelten sowie aus sonstigen Lieferungen und Leistungen

Der Bestand beträgt vor Wertberichtigung insgesamt 914,4 T€. Dieser setzt sich zusammen aus Gebühren für den Bereich hoheitlicher Aufgaben und Entgelten aus Leistungen im Servicebereich.

Die Forderungen, die sich im Amtshilfeersuchen bzw. im gerichtlichen Mahnverfahren befinden, wurden zu 100 % einzelwertberichtigt, Forderungen in Mahnung wurden zu 30 % einzelwertberichtigt (insgesamt 100,0 T€). Auf den restlichen Gesamtforderungsbestand aus Gebühren, Entgelten sowie sonstigen Lieferungen und Leistungen erfolgte eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 %.

Die Forderungen aus der Betreuung LEH betreffen Nutzungsentgelte und Betriebskostenabrechnungen sowie Pachtzins. Diese Forderungen sind ebenfalls pauschal mit 2 % wertberichtigt worden. Nach Wertberichtigung betragen die Forderungen aus der Betreuung LEH 55,0 T€.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Gegen verbundene Unternehmen, die Wohnheim Reichsstraße GmbH, besteht keine Forderung mehr. Die Gesellschaft hat die in 2007 gewährte Liquiditätsunterstützung im Geschäftsjahr zurückgezahlt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich aus Forderungen gegen Kreditinstitute (1.217,6 T€), aus Zuschüssen (9,6 T€), aus Umsatzsteuer in Höhe von 25,0 T€ sowie gegen den DIHK aus Abwicklung Versicherungsvermittlerregister und aus Darlehen von 14,9 T€. Des Weiteren werden Übrige Vermögensgegenstände von 77,9 T€ und kreditorische Debitoren in Höhe von 10,3 T€ ausgewiesen.

Die IHKs gewährten dem DIHK im Jahre 2002 in einer finanziell sehr schwierigen Lage eine Liquiditätshilfe. Die IHK Berlin tat dies in Form eines Darlehens. Aus heutiger Sicht ist die Rückzahlung des Darlehens wegen der schwierigen wirtschaftlichen Situation des DIHK gefährdet. Deshalb wurde das Darlehen aus kaufmännischen Gründen wertberichtigt.

Es handelt sich bei den Sonstigen Vermögensgegenständen um Forderungen, die nicht aus Lieferungen und Leistungen resultieren.

Wertpapiere

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an dem verbundenen Unternehmen Wohnheim Reichsstraße GmbH sind mit dem voraussichtlichen Verkaufserlös und den Zuzahlungen in das Eigenkapital der Gesellschaft (insgesamt 151 T€) bewertet. Die Einlagen wurden zur Finanzierung von Tilgungsleistungen von Bauerrichtungsdarlehen verwendet. Die Gesellschaft hat als wesentliches Vermögen ein mit einem Wohnheim bebautes Grundstück. Sie soll veräußert werden.

Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks

Die Guthaben und Bestände wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Auf die Rechnungsabgrenzungsposten entfallen:

- Eigennutzung IHK (24,4 T€)
- Betreuung LEH (67,1 T€)
- Prüfungsunterlagen und Softwarewartung für 2011 (190,9T€)

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettosition beträgt 7,7 % des Eigenkapitals.

Die **Ausgleichsrücklage** ist gemäß § 15 (3) FS zwischen 30 % und 50 % der Betriebsaufwendungen zu dotieren. Sie dient dem Ausgleich des Wirtschaftsplans bei ungenügenden Erträgen, die hauptsächlich durch konjunkturell bedingte Schwankungen im Beitragsaufkommen entstehen. Planmäßig wurden der Rücklage 1.383,6 T€ € zugeführt.

Der Anteil an den Betriebsaufwendungen des Erfolgsplanes 2010 beträgt 49,0 %.

Andere Rücklagen

Die Rücklagen betreffen die Liquiditätsrücklage (17.832 T€), die Rücklage für die Instandsetzung des LEH (9.900 T€), die Kredittilgungsrücklage LEH (17.453,8 T€) und die Rücklage für Umstrukturierung und Qualifizierung Personal (294,4 T€). Dieser Rücklage wurden 257,6 T€ zur Finanzierung entsprechender Maßnahmen im Geschäftsjahr entnommen. Die Rücklagen für Steuern (7 Mio. €) und die Rücklage zur Finanzierung der Auflösung unfertiger Leistungen (48,6 T€) wurden aufgelöst, da sie nicht benötigt werden.

Der Anteil der Liquiditätsrücklage an den Betriebsaufwendungen des Erfolgsplanes 2010 beträgt 36,6 %. Die Liquiditätsrücklage kann gemäß § 15 (3) Finanzstatut mit maximal 50 % der Betriebsaufwendungen gebildet werden. Sie dient zur Sicherung der Liquidität und damit zur Vorsorge bei Ausfällen von Gebühren und Entgelten und bei der IHK Berlin zusätzlich zur Vorsorge für die 28 %-ige Erhöhung der Leasingrate ab Oktober 2012.

Die Zunahme einzelner Rücklagen gegenüber dem Vorjahr beruht auf den planmäßigen Zuführungen und der Verwendung des Ergebnisses 2009.

Ergebnis

Das Ergebnis in Höhe von 19.661,4 T€, davon 7.306,2 T€ aus Rücklagenentnahme, soll vollständig den Rücklagen zugeführt werden. Nachrichtlich folgender Ergebnisverwendungsvorschlag:

Dotierung der Rücklage zur Vorsorge für Altpensionsverpflichtungen für Risiken außerhalb BilMoG:	12.000,0 T€
Kredittilgungsrücklage:	7.661,4 T€

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen beinhalten neben den Anwartschaften und Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern auch die Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern der früheren hundertprozentigen IHK-Tochter BAO Berlin International. Diese sind aus Transparenzgründen gesondert im Anhang dargestellt. Im Wege der Gesamtrechtsnachfolge ist diese Gesellschaft in der Berlin Partner GmbH aufgegangen. Für die bis zum 31. Dezember 2003 entstandenen Anwartschaften ist die IHK rückstellungspflichtig. Die erhebliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr beruht auf der Umstellung auf der Bewertungsparameter nach dem BilMoG. 468 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen den Personalaufwand (u. a. Altersteilzeit, Jubiläen, Urlaub) mit 1,2 Mio. € (Vorjahr 1,2 Mio. €), Prozesskosten (1,0 Mio. €, Vorjahr 1,1 Mio. €), Veranlagung von Unternehmen zur höchsten Grundbeitragsstaffel (3,3 Mio. €, Vorjahr 750 T€), für die Jahresabschlussprüfung (137 T€, Vorjahr 132 T€) und Sonstige (163 T€, Vorjahr 315 T€).

Für Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen, Beihilfen und Jubiläen wurden versicherungsmathematische Gutachten eingeholt.

Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden wurden pauschal aufgrund von Durchschnittswerten unter Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen ermittelt. Die übrigen Personalarückstellungen betreffen den Beitrag zur Berufsgenossenschaft, die Schwerbehindertenabgabe und Prämien.

Der zurückgestellte Betrag „Prozesskosten“ betrifft die voraussichtlichen Gerichtskosten für anhängige Rechtsstreitigkeiten einschließlich Rechtsanwalts honorare, Gerichtskosten (laufende Instanz).

Über die Rechtmäßigkeit der Veranlagung von Unternehmen zur höchsten Grundbeitragsstaffel – zum sog. Jumbobeitrag – sowie zu Umlagen sind Rechtsstreite anhängig. Für vereinnahmte Grundbeiträge wurde aus Vorsichtsgründen eine Rückstellung gebildet.

Die Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Betrages gebildet, mit dem eine künftige Inanspruchnahme wahrscheinlich erfolgen wird. Sie berücksichtigen alle zum Erstellungszeitpunkt erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt und setzen sich wie folgt zusammen. Sie betragen gegenüber Kreditinstituten 71,8 Mio. € (Vorjahr 75,7 Mio. €) und aus Lieferungen und Leistungen 851 T€ (Vorjahr 705 T€).

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen:

- Kreditorische Debitoren (302 T€)
- Kauttionen der Nutzer des LEH (33 T€)
- Sicherheitseinbehalte aus Umbauten und Renovierung des LEH (82,4 T€)
- Sonstige Verbindlichkeiten (10,5 T€)

Die kreditorischen Debitoren entfallen überwiegend auf Beitragsguthaben.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung der Erträge zu erreichen, ist die Bildung eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens sowie einer Unfertigen Leistung (Position Aktiva B I. 2) erforderlich. Die Erträge werden pro rata temporis pro Ausbildungsverhältnis ermittelt und ausgewiesen (2.322 T€).

Bei den Lehrgängen und Seminaren des Bereichs Weiterbildung gibt es jahresübergreifende Veranstaltungen. Die Erträge (220 T€) wurden veranstaltungsweise abgegrenzt.

Für im Dezember 2010 eingezahlte Gebühren für Gefahrgutfahrerprüfungen und Unterrichtungen im Bewachungsgewerbe sind 83,7 T€ abzugrenzen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Das LEH ist von der IHK für die Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co Objekt Berlin KG (IVG) errichtet worden. Die IVG hat das Gebäude an die ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH (ILV) verleast, die das LEH an die IHK Berlin weiter verleast hat. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 30 Jahre und dauert bis zum 31. Dezember 2026. Für die erste Mietperiode – 20 Jahre – ist die Gesamtmiete fest vereinbart. Sie steigt im fünfjährigen Rhythmus (nächste Erhöhung: Oktober 2012 um 28 %). Die Gesamtmiete für die zweite Periode wird zum Ende der ersten Mietperiode neu festgesetzt. Die im Rechnungsjahr 2006 abgeschlossene Umfinanzierung wurde zum 3. Juli 2007 wirksam. Durch Ablösung der Fremdfinanzierung (81,3 Mio. €) und einer günstigeren Refinanzierung wird die Leasingrate gesenkt. Die IHK tritt an die Stelle des bisherigen Kreditgebers des Leasinggebers und reicht das aufgenommene Schuldscheindarlehen zu denselben Zinskonditionen an die IVG weiter. Die Zinsersparnis bei der IHK beträgt 2,5 % jährlich bis zum Jahre 2016. Der ersparte Aufwand wird zum Vermögensaufbau genutzt.

Das Grundstück Fasanenstraße 85 gehört dem VBKI und der IHK. Für die Dauer von 60 Jahren ist der IVG 1994 ein Erbbaurecht zur Errichtung des LEH eingeräumt worden. Die IHK hat sich verpflichtet, den von der IVG an den VBKI zu leistenden jährlichen Erbbauzins zu bezahlen. Für 2010 ergeben sich aus dem Leasinggeschäft folgende Belastungen:

- Leasingraten: 10,55 Mio €
- Erbbauzins: 0,55 Mio €

Für die erste Dekade des Leasingvertrages (bis zum 31. Oktober 2017) errechnet sich eine Verpflichtung in Höhe von 89,6 Mio. €. Für den Zeitraum betragen die Aufwendungen den Erbbauzins voraussichtlich 3,88 Mio. €.

Im Gebäude Hardenbergstraße 16 – 18 sind das Erdgeschoss und die erste Etage bis 31. Mai 2012 angemietet. Daraus ergibt sich eine Verpflichtung von 273 T€.

Für Belastungen aus Wartung und Supportverträge für Hard- und Software sind 2011 778,7 T€ vorgesehen. Mit den Dienstleistern sind Verträge mit Laufzeiten bis zu vier Jahren geschlossen.

Des Weiteren sind zwei Dienstwagen geleast. Die Laufzeiten, die abhängig von Zeitpunkt der Beschaffung sind, betragen drei Jahre. Für 2011 resultieren daraus Belastungen von 25 T€.

Zum 1. Januar 2011 hat die IHK Berlin das Gebäudemanagement des LEH übernommen. Die Steuerung und Controlling obliegt der IHK Berlin, die sich dazu auch externen Sachverständigen bedient. Die Durchführung des Facility Managements erfolgt durch operative Dienstleister. Die vom Generalbetreiber bis Ende 2010 zusätzlich erbrachten Dienstleistungen Zentrale Funktionen und Services für die IHK werden ab 2011 erneut outgesourct. Mit den Dienstleistern wurden Verträge mit bis zu drei Jahren Laufzeit abgeschlossen. Für 2011 betragen die eingegangenen Verpflichtungen 1,5 Mio. €.

Die IHK Berlin ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V. , Berlin, (DIHK). Nach § 20 der Satzung steht der IHK Berlin bei Auflösung des Vereins das nach der Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbetrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31. Dezember 2010 bei einer Bilanzsumme von 102,2 Mio. € ein Eigenkapital von 43,3 Mio. € aus. Bei der Erstellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 1. Januar 1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind Verpflichtungen in Höhe von 49,0 Mio. € nicht in der Bilanz 2010 angegeben. Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen betragen per 31. Dezember 2010 30,2 Mio. €.

Auf der Grundlage des am 23. März 2011 von der Vollversammlung des DIHK beschlossenen neuen § 16 Abs. 4 der Vereinssatzung können periodenunabhängig auch jährlich zweckgebundene Kapitalzuführungen zum Aufbau des Eigenkapitals des DIHK festgesetzt werden. Die IHKs stellen für diesen Zweck beschlussgemäß in Aussicht, ab 2012 bis voraussichtlich 2018, gemäß DIHK-Umlageschlüssel einen Betrag von jährlich 1,4 Mio. € an den DIHK zu leisten.

Der Beitrag der IHK Berlin zum DIHK belief sich 2010 auf rund 2,8 % des Gesamtbeitragsaufkommens des DIHK.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Die Finanzierung der IHK Berlin als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt im Wesentlichen über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, Gebühren sowie Entgelten. Jährlich wird ein Wirtschaftsplan erstellt, der sich in einen Erfolgs- und einen Finanzplan gliedert. In der Erfolgsrechnung sind sämtliche Erträge und Aufwendungen aufgeführt. Die Gliederung entspricht der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB mit den Spezifika einer IHK. Wegen des Körperschaftscharakters werden Beiträge, Gebühren und Entgelte nicht als Umsatzerlöse, sondern als Erträge bezeichnet. Die Planung und der Vollzug folgt den Grundsätzen zweckmäßiger und auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedachter Finanzwirtschaft.

Erträge aus IHK-Beiträgen

Der überwiegende Teil des Finanzbedarfs der IHK Berlin wird durch Beiträge gedeckt. Die Veranlagung zu den Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die in Berlin eine gewerbliche Niederlassung oder eine Betriebsstätte unterhalten und eine gewerbsteuerpflichtige Tätigkeit ausführen. Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die Bemessungsgrundlage für die Umlage ist der Gewerbeertrag bzw. der Gewinn aus Gewerbebetrieb des laufenden Geschäftsjahres. Die IHK Berlin wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Berlin die endgültige Bemessungsgrundlage bekannt gegeben wird.

Die Erträge aus Beiträgen werden deshalb nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und den Veranlagungen aus Vorjahren (endgültig) unterschieden. Weiterhin werden sie nach den leistungsabhängigen Umlagen und den leistungsunabhängigen Grundbeiträgen gegliedert. Der Umlagesatz wurde mit dem Geschäftsjahr 2010 von 0,45 auf 0,39 %, bezogen auf den Gewerbeertrag, gesenkt.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2010	2010	2010	2009
Beiträge	55.680,3	39.000,0	16.680,3	47.065,8
davon:				
Grundbeiträge laufendes Jahr	17.161,8	13.500,0	3.661,8	14.765,5
Umlage laufendes Jahr	16.395,4	10.000,0	6.395,4	16.058,1
Grundbeiträge Vorjahre	8.081,4	5.500,0	2.581,4	5.092,1
Umlage Vorjahre	14.041,7	10.000,0	4.041,7	11.150,0

Die Mehrerträge (42,8 %) werden zur Finanzierung der Kosten für die Umstellung auf BilMoG und den Vermögensaufbau verwendet. Die erhebliche Abweichung resultiert aus zusätzlichen Nachzahlungen aus Vorjahren, Ausbleiben krisenbedingter Anpassungen, zusätzlichen Erträge aus Veranlagung von Unternehmen zur Großbetriebsstaffel und aus einem Einmaleffekt. Von den Erträgen werden 2.837 T€ der Rückstellung für eventuelle Rückzahlungen aus der Veranlagung zu sog. Jumbobeiträgen und weiteren Beitragsrechtsstreitigkeiten zugeführt, da Rechtsstreitigkeiten anhängig sind.

Erträge aus Gebühren

Aus den hoheitlichen Aufgaben der IHK ergeben sich Erträge aus Gebühren, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstige Gebühren gliedern:

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2010	2010	2010	2009
Gebühren	10.313,9	10.082,2	231,7	10.390,8
davon:				
Berufliche Ausbildung	7.723,3	7.772,0	-48,7	7.858,0
Fortbildungsprüfung	1.057,3	885,9	171,4	825,9
Sonstige Gebühren	1.533,3	1.424,3	109,0	1.706,8

Der Rückgang bei den Ausbildungsgebühren gegenüber dem Planansatz ergibt sich aus einer Änderung der Ausbildungsordnung im Bereich Handel, die zum 1. Juli 2009 in Kraft getreten ist. Die Zwischenprüfung wird hiernach zum ersten Teil einer gestreckten Abschlussprüfung. Die daraus resultierende Verschiebung der Gebührenerhebung für die Handelsberufe um ein Jahr nach hinten wurde in der Budgetplanung nicht berücksichtigt. Diese Mindererträge werden durch Mehrerträge aus den Fortbildungsprüfungen mehr als kompensiert. Die Mehrerträge bei den sonstigen Gebühren stammen aus erhöhten Teilnehmerzahlen an den Prüfungen und Unterrichtungen im Bereich Sach- und Fachkunde und aus der Beglaubigung von Außenwirtschaftsdokumenten.

Erträge aus Entgelten

Unter den Erträgen aus Entgelten werden alle Verkaufserlöse wie Drucksachen, Anschriften, Erlöse aus Beratungen und Vorabstellungnahmen zu Handelsregistereintragungen sowie die Entgelte aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen abgerechnet.

	Ist T€ 2010	Plan T€ 2010	Abweichung T€ 2010	Ist T€ 2009
Entgelte	2.371,0	2.290,2	80,8	2.316,5
davon:				
Verkaufserlöse	191,5	227,2	-35,7	192,5
Lehrgänge, Seminare	2.179,5	2.063,0	116,5	2.124,0
Sonstige Entgelte	0,0	0,0	0,0	0,0

Die Steigerung der Entgelte aus Lehrgängen, Seminaren gegenüber dem Plan beruht auf einer erfolgreichen Marketingstrategie und der Ausweitung des Angebots. Sie gleichen die gegenüber dem Planansatz geringeren Verkaufserlöse mehr als aus.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren überwiegend aus den Nutzungs- und Pachterlösen des LEH und den erstatteten Betriebskosten. Des Weiteren sind bei der Position die Auflösung von Rückstellungen, die Herabsetzung von Wertberichtigungen, erhaltene öffentliche Zuwendungen sowie Erstattungen abgerechnet. Letztere betreffen Personalkosten (Conrad Stiftung und Wohnheim Reichsstraße GmbH), Prüfungsmaterialien, die Rückvergütung von Versorgungsbezügen und die Kofinanzierung von Veranstaltungen. Öffentliche Zuwendungen erhält die IHK für die Wiederbesetzung auslaufender Altersteilzeitstellen durch die Übernahme eigener Auszubildender und für das Projekt „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ (Anteilsfinanzierung von 80 %, IHK-Anteil 20 %).

	Ist T€ 2010	Plan T€ 2010	Abweichung T€ 2010	Ist T€ 2009
Sonstige betriebliche Erträge	4.927,5	3.623,4	1.304,1	5.496,1
davon:				
Erlöse aus dem LEH	2.885,6	2.823,3	62,3	3.333,9
Erstattungen	269,5	203,5	66,0	243,9
Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	84,0	75,7	8,3	54,3
Sonstige betriebliche Erträge	1.688,4	520,9	1.167,5	1.864,0

Die überplanmäßigen Erlöse aus dem LEH stammen aus den Betriebskosten. Zwischen den Konten Nutzungsentgelten und Betriebskosten ist es zu Verschiebungen gekommen, weil nach Erstellung der Planung eine detaillierte Aufteilung vom Generalbetreiber vorgenommen wurde. Darüber hinaus hat vorgezogenem Eigenbedarf zu geringeren Erlösen geführt. Die Zunahme bei den sonstigen betrieblichen Erträgen gegenüber dem Plan beruht überwiegend aus der Auflösung / Herabsetzung von Rückstellungen, insbesondere der Rückstellung für Jumbo-Veranlagung und weiteren Betragsstreitigkeiten sowie von Personal- und Pensionsrückstellungen. Diese Jahresabschlussbuchungen sind nicht vorhersehbar und werden bei der Aufstellung des Planes nicht berücksichtigt.

Materialaufwand

Die Gliederung der Erfolgsrechnung basiert auf dem Industriekontenrahmen. Der Materialaufwand ist deshalb als der Aufwand definiert, der unmittelbar mit der betrieblichen Leistungserstellung in Zusammenhang steht. Für die IHK als Dienstleister der Wirtschaft sind unter betrieblicher Leistungserstellung alle nach außen gerichteten Leistungen und Produkte zu sehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird. Für die Verbuchung des Aufwandes ist die Art der Leistung (Interessenvertretung, hoheitliche Aufgaben, Service) unerheblich. Demzufolge sind bei diesem Posten die Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung, die Sach- und Fachkunde sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen einschließlich Messen abgerechnet. Zu den Positionen gehören u.a. Raummieten, Referentenhonorare, Prüferentschädigungen, die Kosten für die Erstellung der Berliner Wirtschaft und des Jahresberichtes sowie für das Premiumprodukt „Frühstücksgespräche“.

	Ist T€ 2010	Plan T€ 2010	Abweichung T€ 2010	Ist T€ 2009
Materialaufwand	5.821,9	5.880,1	-58,2	5.621,2
davon:				
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	974,5	886,9	87,6	959,4
Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.847,4	4.993,2	-145,8	4.661,8
davon: Honorare (u.a. Dozenten)	721,3	677,0	-44,3	694,4
davon:				
Prüferentschädigungen	1.716,7	1.733,9	17,2	1.666,4
davon: Sonstiges (Miete, Bewirtung, Technik, Ausstattung)	2.409,4	2.582,3	172,9	2.301,0

Die Minderaufwendungen beruhen auf geringeren Fremdleistungen und Kosten für bezogene Leistungen. Die gegenüber den Plansätzen erfolgten Einsparungen wurden überwiegend kompensiert durch höhere Aufwendungen für Miete, Technik und Ausstattung. Gründe dafür sind mehr durchgeführte Veranstaltungen als geplant und deren Professionalisierung.

Personalaufwand

Beim Personalaufwand sind die Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen, die sozialen Abgaben, die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Vorsorge abgerechnet. Die sozialen Abgaben und die Vorsorgeaufwendungen haben mit 4,4 Mio. € einen Anteil von 27,3 % (Vj.: 39,2 %) an den Aufwendungen. Ursächlich für den gegenüber dem Vorjahr geringeren Anteil ist die geänderte Darstellung der Veränderungen der Pensionsrückstellungen nach BilMoG (Methodenänderung).

	Ist T€ 2010	Plan T€ 2010	Abweichung T€ 2010	Ist T€ 2009
Personalaufwand	15.845,5	17.888,0	-2.042,5	17.477,3
davon:				
Gehälter (einschl. Aushilfen, Veränderung der Personalrückstellungen, VL-Leistungen)	11.469,0	11.693,4	-224,4	10.533,2
Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen (einschl. vermögenswirksame Leistungen)	10.764,9	11.008,9	-262,0	10.042,0
Ausbildungsvergütungen	98,2	114,0	-15,8	103,6
Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	4.376,5	6.194,6	-1.818,1	6.840,4

Krankheitsbedingte Abwesenheiten sowie die verzögerte Besetzung von Stellen haben zu den Minderaufwendungen geführt. Die Aufwendungen zur Umstrukturierung und Qualitätssteigerung (257,6 €) werden durch Entnahme aus der entsprechenden Rücklage finanziert.

Planungsgrundlage ist die ganzjährige Erbringung der Arbeitsleistung und vollständige Besetzung der Planstellen. Entsprechend geringer fielen auch die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung aus. Der Planansatz war zu dem zu hoch angesetzt. Die Minderaufwendungen der Position „Sozialabgaben und den Aufwendungen für die Altersversorgung“ resultieren weiter aus einem geringeren Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen als vorgesehen aufgrund der Umstellung auf das BilMoG zum 31. Dezember 2010 (Methodenänderung). Die Aufwendungen für die Umstellung sind bei den „Außerordentlichen Aufwendungen“ abgerechnet. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung waren die Durchführungsregeln im Einzelnen noch nicht bekannt. Bezüglich der Auflösung von Ruhegeldverpflichtungen wird auf die sonstigen betrieblichen Erträge verwiesen.

Abschreibungen

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

	Ist T€ 2010	Plan T€ 2010	Abweichung T€ 2010	Ist T€ 2009
Abschreibungen	507,9	591,5	-83,6	412,0
davon:				
Immaterielle Vermögensgegenstände	155,4	140,0	15,4	150,9
Abschreibungen auf sonstige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (einschl. GWG)	352,5	451,5	-99,0	208,7

Die Nichtausschöpfung der Mittel resultiert aus der Verschiebung und der verzögerten Inbetriebnahme von Vorhaben.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die wesentlichen Posten des Betriebsaufwands betreffen die Leasingraten und die Bewirtschaftungskosten für das LEH sowie die Kosten für Instandsetzungsmaßnahmen. Der Erbbauzins an den VBKI, die Miete und die Bewirtschaftung des Gebäudes Hardenbergstraße, die Fremdleistungen (für EDV und Berlin Partner) werden ebenfalls bei der Position abgerechnet. Auch die Verwaltungskosten und weitere nicht im direkten Zusammenhang mit dem betrieblichen Leistungserstellungsprozess stehenden Kosten sind hier dargestellt.

	Ist T€ 2010	Plan T€ 2010	Abweichung T€ 2010	Ist T€ 2009
Sonstige betriebliche Aufwendungen	27.735,7	24.336,5	3.399,2	23.757,1
davon:				
Sonstige				
Personalaufwendungen	506,5	755,7	-249,2	498,1
Mieten, Pachten, Leasing	12.463,8	12.507,8	-44,0	12.339,0
Aufwendungen für Fremdleistungen *	4.037,8	4.017,2	20,6	3.581,4
Rechts- und Beratungskosten	716,0	572,9	143,1	618,6
Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation	919,3	944,6	-25,3	844,9
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit	101,4	95,6	5,8	91,4
Aufwendungen DIHK	950,0	1.008,0	-58,0	966,7
Aufwendungen für Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	2.468,8	2.473,2	-4,4	1.938,3
Andere sonstige betriebliche Aufwendungen **	5.572,1	1.941,5	3.630,6	2.809,4

*) Bewirtschaftung des LEH, EDV - Dienstleistungen, Unterhaltung Haus Hardenbergstraße, Dienstleistungsentgelt Berlin Partner

***) u.a. Abschreibungen auf Forderungen, Zuführung zur Rückstellung eventuelle Rückzahlung Jumbobeiträge und weitere Beitragsstreitigkeiten

Die Minderaufwendungen bei den sonstigen Personalaufwendungen beruhen insbesondere auf zeitlich verschobenen Weiterbildungsmaßnahmen.

Die Mehraufwendungen bei den „Sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ sind entstanden bei den Rechts- und Beratungskosten sowie den anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Letztere entfallen vor allem auf die Zuführung zur Rückstellung für die Veranlagung zu sogenannten Jumbobeiträgen und weiteren Beitragsstreitigkeiten (2.837 T€, s.o. Erträge aus Beiträgen) sowie auf Wertberichtigungen von Forderungen (2.246 T€). Die Überschreitung des Planansatzes bei den Rechts- und Beratungskosten resultieren aus zusätzlichen Prognosen zur betrieblichen Altersversorgung, für das Stufenmodell Klimaschutzgesetz und für Gutachten zu Instandsetzungsaufwendungen am LEH. Des Weiteren wurden zusätzliche Aufwendungen für das Wissensmanagementprojekt „Lucida“ abgerechnet.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis wurde durch die Neufinanzierung des LEH und die negative Entwicklung der Zinsen am Kapitalmarkt beeinflusst.

	Ist T€ 2010	Plan T€ 2010	Abweichung T€ 2010	Ist T€ 2009
Finanzergebnis	2.994,2	3.185,5	191,3	2.929,1
davon:				
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.145,9	6.343,2	197,3	6.287,7
Zinsen und ähnliche Erträge	350,5	450,0	-99,5	565,6
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	215,9	250,0	-34,1	458,9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.286,3	3.357,7	-71,4	3.465,2

Die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens resultieren zu einem erheblichen Anteil aus den beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co Objekt Berlin KG gewährten Darlehen (3.943,2 T€).

Die Mindererträge bei den Zinsen und ähnlichen Erträgen des Umlaufvermögens beruhen auf dem infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich gesunkenen Zinsniveau.

Das um 191,3 T€ gegenüber dem Planansatz niedrige Finanzergebnis konnte auch nicht durch ein höheres Anlagevolumen vermieden werden.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen beruhen im wesentlichen auf den Abschreibungen von erworbenen Wertpapieren auf den Nennwert.

Die Zinsaufwendungen betreffen das zur Refinanzierung der Umfinanzierung aufgenommene LBB-Darlehen und die Finanzierung der erhöhten Baukosten des LEH. Vgl. ergänzend Bilanzposten Passiva – D.1. - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Außerordentliche Erträge

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2010	2010	2010	2009
Außerordentliche Erträge	72,2	0,0	72,2	0,0

Bei den außerordentlichen Erträgen handelt es sich um Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen aufgrund der Umstellung auf BilMoG (Methodenänderung). Da eine Zuführung zur Ausgleichs- oder Liquiditätsrücklage in Anbetracht der vorgegeben Begrenzung (s. o. beim Eigenkapital) nicht sinnvoll ist, werden die Erträge ergebniswirksam, damit die Vollversammlung im Rahmen der Ergebnisverwendung darüber entscheiden kann.

Außerordentliche Aufwendungen

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2010	2010	2010	2009
Außerordentliche Aufwendungen	10.574,4	0,0	-10.574,4	0,0

Die sich aus der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilMoG ergebenden Zuführungsbeträge (Methodenänderung) bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie für die sonstigen Rückstellungen sind bei der Position vollständig erfasst und gebucht worden. Von der Verteilung des Umstellungsaufwandes auf 15 kommende Geschäftsjahre (Art. 67 Abs.1 S.1 i.V.m. Abs. 2 EGHGB) wird kein Gebrauch gemacht. Da die Aufwendungen durch fehlende Planbarkeit charakterisiert werden, ist kein Ansatz erfolgt.

Sonstige Steuern

Bei den sonstigen Steuern sind die Kfz-Steuer und Kapitalertragsteuer für Vorjahre abgerechnet.

Entnahmen aus Rücklagen

Die Rücklage für Steuern (7.000 T€) wurde aufgelöst, weil sie nicht mehr benötigt wird. Dies trifft auch auf die Rücklage zur Finanzierung der Auflösung unfertiger Leistungen (48,6 T€) zu. Der Rücklage Umstrukturierung und Qualitätssteigerung Personal wurden zur Finanzierung entsprechender Aufwendungen 257,6 T€ entnommen.

Einstellungen in Rücklagen

In die Rücklagen sind **11.586,6 T€** eingestellt worden:

davon entfallen auf Zuführungen gemäß Erfolgsplan:

Ausgleichsrücklage	1.383,6 T€
Kredittilgungsrücklage LEH	<u>2.200,0 T€</u>
	3.583,6 T€

aus der Verwendung des Ergebnisses 2009:

Ausgleichsrücklage	1.000,0 T€
Liquiditätsrücklage	1.500,0 T€
Kredittilgungsrücklage	<u>5.503,0 T€</u>
	8.003,0 T€

Im Vorgriff auf die anstehende Aktualisierung des Finanzstatuts wurde die geplante Zuführung zur Liquiditätsrücklage von 6.167,7 T€ nicht vollzogen. Die Höhe der Liquiditätsrücklage kann gemäß noch gültigen Finanzstatut maximal 50 % der Betriebsaufwendungen des Erfolgsplanes 2010 betragen. Künftig soll es eine niedrige Begrenzung geben. Der Anteil der Liquiditätsrücklage an den Betriebsaufwendungen 2010 des Erfolgsplanes 2010 beträgt 36,6 %. Eine weitere Zuführung ist deshalb nicht mehr sinnvoll.

Ergebnis / Ergebnisverwendungsvorschlag

Zu dem Ergebnis von 19.661,4 T€ haben überplanmäßige Betriebserträge in Höhe von 18.363,2 T€, um 1215,0 T€ gegenüber dem Planansätzen höhere Betriebsaufwendungen, ein positives Finanzergebnis von 191,2 T€, ein negatives außerordentliches Ergebnis von 10.502,2 T€ sowie Auflösungen von Rücklagen bzw. Entnahmen aus Rücklagen von insgesamt 7.306,2 T€ beigetragen.

Die Mehrerträge resultieren aus dem Beitragsaufkommen und der Auflösung von Rückstellungen. Die Mehraufwendungen beruhen im Wesentlichen auf Zuführungen zur Rückstellung für die Veranlagung zu sogenannten Jumbobeiträgen und weitere Beitragsstreitigkeiten. Das Ergebnis soll zur Stärkung der Rücklagen verwendet werden. Im Einzelnen schlägt das Präsidium der Vollversammlung vor, folgende Zuführungen zu beschließen:

Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb	
BilMoG (Neudotierung)	12.000.000,00 €
Kredittilgungsrücklage LEH	7.661.431,46 €

Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung dokumentiert die zahlungswirksamen Veränderungen im Geschäftsjahr. Neben dem Cashflow aus der laufenden Tätigkeit werden die Cashflows aus der Investitions- und Finanztätigkeit abgebildet.

Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten

Das Jahresergebnis ist im Wesentlichen durch höhere Erträge und leicht erhöhte Betriebsaufwendungen als geplant sowie die nicht planbaren außerordentlichen Aufwendungen für die Änderung der Bewertung der Pensionsrückstellungen nach BilMoG beeinflusst.

	Ist T€ 2010	Plan T€ 2010	Abweichung T€ 2010	Ist T€ 2009
Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten	26.441,1	9.484,0	16.957,1	20.774,7

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von Aktiven und Passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

	Ist T€ 2010	Plan T€ 2010	Abweichung T€ 2010	Ist T€ 2009
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	29.680,6	13.425,8	16.254,8	21.654,2

Cashflow aus der Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich der Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens, den Sachanlagen und des Finanzanlagevermögens auf. Insgesamt wurden in 2010 Investitionen in Höhe von 102 T€ in das immaterielle und 418 T€ in das Sachanlagevermögen getätigt.

Die Nichtausschöpfung der Mittel beruht auf einer verzögerten Durchführung der Maßnahmen.

Zum Cashflow aus der Investitionstätigkeit zählen weiter die Veränderungen im Finanzanlagevermögen. Die Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (2.541,0 T€) betreffen die planmäßigen Tilgungen der beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co Objekt Berlin KG gewährten Darlehen und die Einlösung von festverzinslichen Wertpapieren. Das erste Darlehen wurde 1997 zur Finanzierung der erhöhten Baukosten, das zweite 2007 im Rahmen der Umfinanzierung des LEH ausgezahlt.

Die Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen betreffen überwiegend die Umwidmung von umlaufendem Vermögen in Finanzanlagen. Diese ist auch ursächlich für den negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2010	2010	2010	2009
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-8.641,8	-9.375,7	-733,9	-12.184,8

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beruht auf planmäßigen Darlehenstilgungen. Es handelt sich um das zur Umfinanzierung des LEH aufgenommene Darlehen bei der Landesbank und das bei der IKB aufgenommene Darlehen zur Finanzierung der erhöhten Baukosten des LEH.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2009	2009	2009	2008
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 3.850,3	-3.848,0	2,3	-3.850,3

Der Mittelabfluss aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit wird vollständig aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

Finanzmittelbestand am Ende der Periode

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode beträgt 36.977,0 T€.

Sonstige Angaben

Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung der IHK Berlin sind:

Mitglieder des Präsidiums

Dr. Eric Schweitzer (Präsident)

Dr. Beatrice Kramm (Vizepräsidentin)

Andreas Fibig (Vizepräsident)

Ulrich Köster (Vizepräsident)

Gerald Archangeli

Klaus-Peter Bär

Dr. Johannes Evers

Antje Meyer

Ulrich Misgeld

Walter Rasch

Karsten Schulze

Dr. Reinhard Uppenkamp

Tobias Weber

Willy Weiland

Mitglieder der Hauptgeschäftsführung

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)

Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)

Mitarbeiter

Die IHK Berlin beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 231 Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit (einschl. Projekt- und befristete Mitarbeiter), das entspricht 203,88 Vollzeitäquivalenten.

